

Rechtsordnung an die Volljährigkeit geknüpft, und das hat sich ganz hervorragend bewährt. Aus diesem Grund und aus dieser Verantwortung heraus bitte ich Sie darum, diesen Entwurf abzulehnen.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Staatssekretär, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hartmann. Bitte.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, dass manche Jugendliche noch nicht so gut informiert sind, um an einer Wahl teilzunehmen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Jugendlichen in Niedersachsen weiter sind als die bayerischen Jugendlichen? Sind die Jugendlichen in Österreich weiter als die bayerischen Jugendlichen?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Diese Frage stellt sich bei Ihrer Aussage.

Können Sie mir irgendeinen Fall nennen, in dem irgendein Wähler, ob nun 18 oder 95 Jahre alt, wie bei einem Vertragsabschluss persönlich in Haftung genommen worden ist, weil er an der Wahl teilgenommen hat?

**Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium):** Zur ersten Frage: Wir haben nicht über Jugendliche in Niedersachsen und andere Bundesländer zu entscheiden, sondern wir sind hier bei uns in Bayern. Ich erlaube mir nicht, über andere Bundesländer zu urteilen. Ich habe auch nicht gesagt, dass manche Jugendlichen nicht so weit sind oder noch nicht ganz so weit informiert sind, sondern ich habe gesagt, dass es bei den Jugendlichen - das werden Sie mir nicht absprechen können - reifere gibt und solche, die nicht ganz so reif sind. Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass über die modernen Medien und über die moderne Kommunikationstechnik heute eine Welle organisiert werden kann. Ich habe in aller Deutlichkeit gesagt: Denken Sie an das vergangene Wochenende, wo man sehen konnte, was man alles auf die Beine stellen kann. Ich meine daher, wenn ich in die Zukunft blicke und meiner Verantwortung gerecht werden will, dass man es bei dem Wahlalter von 18 Jahren lassen sollte.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den 15 Minuten bis zur namentlichen Abstimmung fehlt noch eine Minute.

(Jörg Rohde (FDP): Die bringen wir rum! )

Deswegen beginne ich langsam mit meinen Ausführungen, sodass die 15 Minuten um sind, wenn die namentliche Abstimmung beginnen soll. Deswegen ganz langsam: Weitere Wortmeldungen liegen uns hier oben nicht vor. Die Aussprache ist deshalb geschlossen. Wir können zur Abstimmung schreiten, die in namentlicher Form erfolgen soll, wenn die 15 Minuten um sind.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/9191 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 16/10630 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Ich bitte jetzt, langsam die Urnen aufzustellen, ganz langsam. Wir haben noch 20 Sekunden. Sie können allmählich Ihre Stimmkarten herausholen. Wir können jetzt gleich mit der Abstimmung beginnen. - Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15.28 bis 15.33 Uhr)

Die fünf Minuten sind rum. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis können wir nachher zur Kenntnis nehmen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)**

**Bericht der Staatsregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" (Drs. 16/8365)**

Ich eröffne die Aussprache. Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster hat Herr Dr. Förster für die SPD das Wort.

**Dr. Linus Förster (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, ich befürchte, dass Sie mehrheitlich gegen das Wahlalter von 16 Jahren gestimmt haben. Damit bin ich fast verärgert und überlege mir, warum ich Ihnen zuliebe den nächsten Antrag hochgezogen habe.

Warum "Ihnen zuliebe"? Ich sage es Ihnen. Weil ich mir Sorgen um das Bild mache, das Sie als Parlamentarier der CSU und der FDP in der Öffentlichkeit abgeben, und zwar deswegen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CSU, weil im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport eine Vertreterin der Staatsregierung aufgetreten ist und Ihnen als Parlamentariern - ich betone ausdrücklich: Parlamentariern - der CSU und FDP Untätigkeit vorgeworfen hat. Ich

werde Ihnen jetzt auch erklären, warum das so geschehen ist.

Die Jugend-Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags, die wir zum Ende der letzten Legislaturperiode hier verabschiedet haben, hat große Hoffnungen bei den Jugendlichen, den Jugendverbänden und beim Bayerischen Jugendring erweckt, dessen Präsident extra hergekommen ist, um der heutigen wichtigen Aussprache beizuwohnen. Aber was ist passiert? Wir hatten das Gefühl: sehr, sehr wenig, abgesehen von der Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms. Diese haben wir jugendpolitischen Sprecher mit - das können Sie im Protokoll nachlesen - geballter Wut und Empörung im Ausschuss durchsetzen müssen. Wir wollten wissen, was sonst passiert ist. Da fragt man natürlich die Staatsregierung. Stellen Sie sich vor: Da kommt eine Vertreterin des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Frau Lerch-Wolfrum, in den Ausschuss und sagt, es sei nichts passiert. Warum ist nichts passiert? Weil es nicht die Aufgabe der Staatsregierung sei, etwas zu tun, wenn eine Jugend-Enquete-Kommission etwas verabschiedet. Hier handelt es sich um eine Empfehlung an die Fraktionen. Die Parteien und die Fraktionen müssen dann etwas machen. Warum ist nichts passiert? Weil es keinen positiven Beschluss gibt.

Ich persönlich habe elf Anträge aus dem Bericht der Jugend-Enquete-Kommission abgeleitet und in den Bayerischen Landtag eingebracht, wobei ich die interfraktionellen Anträge einbeziehe. Das Gleiche gilt für die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER. Wir alle haben Anträge eingebracht. Aber Sie haben sie niedergestimmt. Das ist zwar Ihr Recht als Mehrheit, aber wenn es einen Auftrag im Bericht der Jugend-Enquete an das Parlament gibt und wir ihn in Anträge umformen, die Sie niederstimmen, dann sind Sie, verdammt nochmal, verpflichtet, einen besseren Antrag einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie dies nicht getan haben, dann sind die Worte der Frau Lerch-Wolfrum, dass nichts passiert sei, ein Vorwurf. Es hat keinen einzigen Antrag der CSU und der FDP zur Umsetzung des Berichts der Jugend-Enquete-Kommission gegeben.

Des Weiteren bin ich nicht der Meinung, dass sich die Staatsregierung hier ausschließlich darauf zurückziehen kann, zu sagen, hier habe das Parlament etwas gemacht. Wir haben ausdrücklich - diejenigen, die hier etwas gemacht haben, werden es auch wissen, wenn sie den Bericht der Jugend-Enquete-Kommission gelesen haben - und klar festgestellt, dass es in Verbindung mit dem Bericht der Jugend-Enquete-

Kommission Aufträge an die Staatsregierung gegeben hat.

Einer der Aufträge war die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms in der Richtung der jugendpolitischen Sprecher. Wenn im Ausschuss jemand gesagt hat, dass der Bericht an die jugendpolitischen Sprecher gegangen ist, dann muss er Äpfel von Birnen unterscheiden. Es ist nicht ein Bericht zur Umsetzung des Berichts der Jugend-Enquete-Kommission, sondern ein Bericht zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms gegeben worden. Dass der Bericht gekommen ist, haben die fünf jugendpolitischen Sprecher gemeinsam erkämpft. Die Staatsregierung muss es sich als Ohrfeige gefallen lassen, dass wir zu fünft haben antreten müssen, um dieses dringende Anliegen durchzusetzen.

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Was wir dann zu hören bekommen und was wir vereinbart haben - da werden mir Sepp, Julika, Ludwig und Thorsten zustimmen -, ist etwas, womit wir leben können. Das bezieht sich aber ausschließlich auf das Kinder- und Jugendprogramm. Zum Bericht der Enquete-Kommission ist nichts gesagt worden; es ist auch nichts dazu geschrieben worden.

(Zuruf von der CSU: Doch!)

Ich bin gespannt, was da kommen soll. Ich klammere das Kinder- und Jugendprogramm aus; denn wir haben durchgesetzt, dass dazu etwas gekommen ist. Wenn Sie sich damit zufrieden geben, dass Frau Lerch-Wolfrum gesagt hat, es sei nichts passiert, weil es keinen Antrag gegeben habe, der eine Mehrheit gefunden hätte, dann heißt das doch: Es ist nichts passiert. CSU und FDP haben keinen einzigen mehrheitsfähigen Antrag eingebracht, um die Ergebnisse der Enquete-Kommission umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Dr. Förster. Für die CSU hat Herr Zellmeier um das Wort gebeten.

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Kollege Förster hat mit seiner sehr engagierten Rede enorm vorgelegt. Ich verstehe, dass er viel Herzblut investiert hat. Wir haben ja in der Enquete-Kommission gemeinsam sehr viel gearbeitet und diesen hervorragenden Bericht im Laufe von drei Jahren verfasst. Natürlich ist es wünschenswert, manches etwas schneller auf den Weg zu bringen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie wissen doch, dass gerade die Regierungsfractionen nicht alles in Anträge gießen, sondern auch sehr viel

über den direkten Kontakt zu den Regierungsmitgliedern erreichen.

(Dr. Linus Förster (SPD): Das hätte Frau Lerch-Wolfrum berichten können! Sie hat nur gesagt, es sei nichts gekommen. Das können Sie im Protokoll nachlesen.)

Lieber Kollege Förster, diese indirekten Wege bringen häufig etwas. Natürlich geht der aktuelle Schwerpunkt dahin, das Kinder- und Jugendprogramm neu aufzulegen. Ich habe ebenfalls mit Frau Lerch-Wolfrum geredet. Sie hat gesagt, man brauche die Zeit jetzt für dieses Kinder- und Jugendprogramm. Ein umfassender Bericht sei äußerst aufwendig, weil viele Details von den Mitarbeitern des Kultus- und des Sozialministeriums zusammengetragen werden müssen. Das alles im Detail zusammenbringen, erfordert einen hohen zeitlichen Aufwand. Ich bin mit dem Präsidenten des Bayerischen Jugendrings, der oben auf der Tribüne anwesend ist, einig, dass es richtig ist, zunächst das Kinder- und Jugendprogramm neu aufzulegen und es möglichst im kommenden Jahr in Kraft treten zu lassen. Darauf müssen wir den Schwerpunkt legen. Ich möchte nicht, dass Kapazitäten durch einen Bericht gebunden werden, der viele, oft kleine Details enthält.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Jugend-Enquete hat viel gebracht. Das Kinder- und Jugendprogramm war ein wichtiger Teil in der Arbeit der Enquete-Kommission. Das darf man nicht gering schätzen. Wie Kollege Dr. Förster gesagt hat, stimmen wir fraktionsübergreifend überein, dass der eingeschlagene Weg gut ist. Wir haben doch auch Kontakt mit den beteiligten freien Trägern und dem Bayerischen Jugendring, von wo immer wieder Rückmeldungen kommen: Ja, es läuft gut. Die Anregungen der freien Träger werden durchaus auch mit aufgenommen.

Kollege Förster hat recht, wenn er sagt, dass es sich grundsätzlich um Empfehlungen handelt. Die jugendpolitischen Sprecher dieses Hohen Hauses erwarten, dass der Enquete-Bericht tatsächlich in die Arbeit der Staatsregierung einfließt und die Anregungen aktiv aufgegriffen werden. Dieses Recht will auch ich mit dieser Debatte persönlich einfordern. Wir sagen: Liebe Staatsregierung, ihr tut zwar etwas, aber bitte tut noch mehr in diesem Bereich.

Wir haben vor Kurzem einen Bericht bekommen, der uns klarmachte, dass die Überarbeitung des Jugendprogramms notwendig war. Beim Enquete-Bericht gab es durchaus Widerstände. Wer dabei war, weiß es. Es hieß damals, es sei nicht notwendig, ein neues Kinder- und Jugendprogramm aufzulegen. Ja, es ist

notwendig, denn es hat sich vieles getan. Ich denke nur an den Betreuungsbereich oder an das Thema sexueller Missbrauch, das auch im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit eine große Rolle spielt.

Alles in allem glaube ich, wir können in der Summe zufrieden sein, weil wir mit dem Enquete-Bericht durchaus einiges erreicht haben. Die Arbeit ist allerdings noch lange nicht beendet; darin bin ich mir mit meinem Vorredner einig.

Im Übrigen ist der Kosten- und Nutzen-Effekt gerade beim Jugendprogramm am höchsten. Ich hoffe, dass sich das im Haushalt 2013/2014 finanziell umsetzen lässt.

Ferner gab es eine Diskussion darüber, warum es keine Druckform des Enquete-Berichts gibt. Auch da habe ich nachgefragt. Ich habe erfahren, dass die Landtagsverwaltung wegen der vielen Anfragen nachgedruckt hat. Das ist erfreulich. Es sind noch viele Exemplare im Archiv vorhanden. Ich habe angeregt, einen repräsentativen Umschlag vorzubereiten, damit das Ganze auch optisch einen guten Eindruck macht. Der Bericht kann so, wie er jetzt ist, als Drucksache mit einem solchen Umschlag durchaus für repräsentative Zwecke verwendet werden. Insofern ist auch dieser Teil des SPD-Antrages als erledigt anzusehen. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Zellmeier. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich Tagesordnungspunkt 17, namentliche Abstimmung angekündigt ist. Ich sage Ihnen das, damit wir nicht in zeitliche Bedrängnis kommen. Nun bitte ich Herrn Abgeordneten Glauber für die FREIEN WÄHLER ans Mikrofon.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zellmeier hat über den Bericht der Enquete-Kommission aus der letzten Legislaturperiode gesprochen. Die FREIEN WÄHLER waren damals noch nicht Mitglieder in diesem Hohen Hause. Ich finde es allerdings schon beachtenswert, wenn diese Kommission in 52 Sitzungen einen 260-seitigen Bericht für dieses Hohe Haus zum Thema "Jungsein in Bayern" vorlegt. Das müsste durchaus wegweisend sein und eine reale Umsetzung erfahren.

Wenn nun von ministerialer Ebene her argumentiert wird, man wisse nicht, was zu tun sei, dann möchte ich daran erinnern, dass wir sieben konkrete Anträge gestellt haben, die alle abgelehnt wurden. Was sollen wir noch mehr tun? Die Kollegen der Regierungsseite sind doch gefragt, diese 260 Seiten der realen Umsetzung zuzuführen.

(Beifall des Abgeordneten Volker Halbleib (SPD))

Als wir die Energie-Kommission eingesetzt haben, habe ich argumentiert, dass wir nicht als Kaffeekränzchen-Club enden wollen. Wenn sich eine solche Kommission in über 50 Sitzungen trifft und mit viel Know-how so etwas erarbeitet, muss das doch Auswirkungen haben. Der Präsident des Bayerischen Jugendrings wurde schon angesprochen. Ich komme aus dem gleichen Jugendverband. Letzten Endes brauchen wir reale Umsetzungsergebnisse. Dazu brauchen wir Vorschläge von der rechten Seite des Hohen Hauses, wenn Sie die linke Seite schon nicht hören wollen.

Wie gesagt, ich gebe mich mit dem Ganzen nicht zufrieden und ich hoffe, dass auch Sie sich als Parlamentarier auf der rechten Seite nicht zufriedengeben, wenn die ministerielle Ebene argumentiert, man wisse nicht, was man tun solle. Sie auf der rechten Seite hier im Hohen Haus haben den Regierungsauftrag. Setzen Sie ihn also um und bringen Sie entsprechende Anträge für unsere Jugendlichen ein. Die Jugend muss Ihnen das wert sein. Uns ist es auf alle Fälle wert.

Und nun noch ein Wort zum Antrag auf Schaffung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Gemeinde- und Landkreiswahlen sowie Bezirkswahlen. Es gab Überlegungen, ob das sinnvoll für die Jugendlichen ist. Ich kann folgendes Beispiel aus meiner Heimatgemeinde Pinzberg bringen. Wir haben das wahrscheinlich älteste Jugendparlament. Seit 15 Jahren gibt es einen Jugendgemeinderat. Natürlich können die erst ab 18 Jahre in den Gemeinderat gewählt werden. Heute sitzen inzwischen zwei Jugendliche im Gemeinderat. Das tut dem Regionalparlament sehr gut. Ich glaube, dass die Arbeit, die wir in solchen Kommunalparlamenten leisten, sehr wohl auch von 16-jährigen Jugendlichen eingebracht werden kann. Also überdenken Sie noch einmal Ihre Entscheidungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Glauber. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Hartmann das Wort. Bitte sehr.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der SPD dankbar dafür, dass sie dieses Thema hochgezogen hat, nachdem sich dieser umfangreiche Bericht nun rein auf die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogrammes verfestigt hat. Ich will das nicht abwerten. Die Fortschreibung des Kinder- und Jugendpro-

grammes ist eine große Baustelle. Es ist aber nicht der komplette Bericht der Enquete-Kommission.

Dazu gehört, dass mehrere Anträge kommen. Selbstverständlich ist dies eine Anforderung an den Bayerischen Landtag gewesen, und da erwarte ich von den die Staatsregierung tragenden Fraktionen in diesem Hohen Haus, außerhalb der Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogrammes tätig zu werden. Das sind wir den Teilnehmern der Kommission schuldig, die in zahlreichen Sitzungsstunden diese circa 260 Seiten erarbeitet haben. Sie dürfen nicht im Regal verstauben, sondern die einzelnen Punkte müssen tatkräftig beleuchtet werden und in die parlamentarische Arbeit des Hohen Hauses einfließen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für die FDP hat sich Frau Sandt zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Julika Sandt (FDP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Sturm im Wasserglas, vor allen Dingen des Herrn Kollegen Linus Förster, wollen wir wieder zur Sachlichkeit zurückkommen. Die jugendpolitischen Sprecher haben lange Zeit gemeinsam an einem Strang gezogen. Gemeinsam haben wir 2010 einen Antrag eingebracht und im Bildungsausschuss verabschiedet. In dem Antrag stand nicht nur, dass die Staatsregierung das Jugendprogramm fortschreibt, sondern auch ausdrücklich, dass im Jugendprogramm die Empfehlungen des Enquete-Berichts umgesetzt werden. Das haben wir beschlossen und verabschiedet, und das wird auch gemacht. Im Haushalt soll dafür eine angemessene finanzielle Ausstattung zur Verfügung stehen. Ferner sollen die jugendpolitischen Sprecher regelmäßig über neue Maßnahmen informiert werden.

Wir haben im Haus gemeinsam mehrfach mit Jugendverbänden und mit Jugendlichen gesprochen. Es kam sehr gut an, dass wir der Sache wegen an einem Strang ziehen, dass wir einen Konsens erzielen wollen, dass wir gemeinsam demokratische Prozesse voranbringen. Da Sie sich hier als Oberdemokrat profilieren und inszenieren, finde ich es ausgesprochen befremdlich, dass Sie jetzt mit solchen Alleingängen beginnen und diese Zusammenarbeit, den Konsens aufkündigen wollen.

(Zurufe von der SPD - Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kollegen von der SPD, wir alle, auch die Regierungsfaktionen, haben am 7. Juli im Bildungsausschuss scharf kritisiert, dass uns die Staatsregierung bis dahin nicht berichtet hat. Das haben wir getan;

dazu stehe ich auch. Wir haben sie dann aufgefordert, bis Ende Oktober zu berichten. Wer aber scharf kritisiert, muss auch genau so deutlich - da vermisse ich Ihre Ehrlichkeit - sagen, was gut gelaufen ist. Nachdem es am Anfang schief gelaufen ist, lief es danach vorbildlich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schief gelaufen!)

Linus Förster, Herr Zellmeier und ich - die anderen jugendpolitischen Sprecher waren nicht dabei, waren aber eingeladen - sind von der Staatsregierung sehr umfassend informiert worden. Wir wissen genau, dass Experten der beiden beteiligten Häuser, der kommunalen Spitzenverbände, des Jugendhilfeausschusses und des Bayerischen Jugendrings gemeinsam an der Fortschreibung des Jugendprogramms unter Berücksichtigung des Enquete-Berichts arbeiten, dass es mehrere Treffen gab. Wir haben einen umfassenden Gliederungsentwurf bekommen; wir haben Leitplanken und die Inhalte bekommen. Es geht darum, Eigenverantwortlichkeit zu stärken, Prävention im Blick zu haben, Teilhabechancen zu verbessern, Partizipation zu ermöglichen, Engagement zu fördern und gesellschaftliches Miteinander zu gestalten. Es geht um eine bessere Zusammenarbeit und Verzahnung. Ich weiß, dass in den Ministerien bereits vieles umgesetzt wird, bereits gelebt wird, dass die Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen Schule und Umweltinstitutionen mittlerweile gut läuft, dass Lehrer zum Teil in Umwelteinrichtungen Fortbildungen durchlaufen etc.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hartmann?

**Julika Sandt (FDP):** Gerne eine Zwischenbemerkung nach meiner Rede, da mir eine Zwischenfrage von meiner Zeit abgezogen wird, und das möchte ich nicht.

Es geht auch um die Zusammenarbeit, um Netzwerke für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund. Wir haben ein wirklich fundiertes Konzept erhalten. Wir haben umfassende Informationen erhalten. Die Vertreter des Ministeriums haben uns Rede und Antwort gestanden. Sie hatten keine Fragen mehr; da ist nichts offen geblieben. Wir haben schwarz auf weiß super Infos bekommen. Ich bin gespannt, welche Fragen Sie jetzt noch haben. Ich bin erstaunt, dass Sie sie da nicht gestellt haben.

Auch in der Ausschusssitzung am 10. November waren Vertreter der Staatsregierung, beider Ministerien da und haben uns wieder informiert, haben den Ausschuss informiert. Wir wissen: Das wird nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben - nein, im

April wird uns der Zwischenbericht vorliegen. Bis dahin werden wir jugendpolitische Sprecher umfassend informiert. Wir wollen dem doch jetzt nicht vorgehen. Es geht nicht um Schnelligkeit - es geht um Qualität. Wenn es dann noch Korrekturbedarf gibt, können wir uns einbringen.

Ich meine: Das, was uns vorliegt, ist hervorragend. Deswegen ist auch Ihr jetziger Antrag ein absoluter Schaufensterantrag. Das Vorgehen konterkariert unser gemeinsames Vorgehen. Vor allen Dingen bringt Ihr Antrag nichts für die Jugendlichen, null Komma gar nichts. Wir werden auf jeden Fall darauf achten, dass die Staatsregierung bei der Umsetzung des Jugendprogramms die einschlägigen Ergebnisse der Enquete-Kommission berücksichtigt, so wie wir es beschlossen haben. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Zwischenbemerkungen haben Herr Dr. Förster und dann Herr Hartmann angemeldet. Bitte.

**Dr. Linus Förster (SPD):** Frau Sandt, nachdem Sie mich anfangs mit einem Sturm im Wasserglas in Verbindung gebracht haben, freue ich mich, dass Sie versucht haben, auch einen Sturm im Wasserglas zu entfachen. Leider haben Sie zuvor das Wasser ausgeschüttet, deswegen etwas wirr im leeren Raum herumgeschlagen und hier einen deutlichen Beweis Ihrer völligen Inkompetenz zu diesem Thema gegeben. Sie haben sich nämlich zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms geäußert, zu dem ich, nachdem wir gemeinsam zu fünft gearbeitet haben, ausdrücklich gesagt habe, dass wir das zusammen gut gemacht haben - da war ich Ihrer Meinung. Wenn man das Protokoll durchliest, stellt man fest, dass wir das im Ausschuss mit sehr viel Empörung durchgebracht haben.

Die von Ihnen zitierten Sachen haben überhaupt nichts mit unserem Antrag zu tun. Sie sind völlig am Ziel vorbeigeschossen. Es geht um die anderen Punkte der Jugend-Enquete-Kommission. Es geht nicht um den Bericht zum Kinder- und Jugendprogramm. Wenn Sie das nicht auseinanderhalten können, sind Sie als jugendpolitische Sprecherin fehl am Platz.

(Beifall bei der SPD)

**Julika Sandt (FDP):** Der Beschluss lautet, dass die Inhalte des Enquete-Berichts insgesamt im Jugendprogramm berücksichtigt werden. Woher wollen Sie wissen, dass noch irgendwelche Punkte übrig sind?

(Dr. Linus Förster (SPD): Hören Sie doch zu! Ich habe doch gesagt: Ausgeklammert die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms! Wissen Sie überhaupt, was sonst noch an Punkten drin ist?)

- Woher wollen Sie denn wissen, was ausgeklammert wurde?

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Stopp! Ich lasse hier jetzt gleich ein Weihnachtslied singen.

(Heiterkeit - Allgemeiner Beifall)

Ich verstehe das. Lasst uns aber doch noch gegenseitig zuhören.

Bitte, Frau Sandt, Sie haben jetzt zwei Minuten zur Beantwortung.

**Julika Sandt (FDP):** Ich habe dazu bereits Stellung genommen. Ich weiß nicht, warum Sie annehmen, dass irgendwelche Punkte nicht berücksichtigt sind. Dazu gibt es überhaupt keine Veranlassung. Die Inkompetenz liegt bei Ihnen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Die zweite Zwischenbemerkung hat Herr Hartmann angemeldet. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrte Kollegin, Sie haben den 25. Oktober angesprochen, als wir nicht anwesend waren. Ich möchte darauf hinweisen: Die Unterrichtung war um 15.00 Uhr. Um 14.00 Uhr hat an diesem Tag das Plenum begonnen. Wenn solche Unterrichtungen vonseiten des Ministeriums stattfinden, sollte man darauf Rücksicht nehmen, dass wir im Plenum tätig sind und dass daher solche Unterrichtungen nicht zeitgleich angesetzt werden sollten. Ich glaube, auch im Ältestenrat hat man schon öfter darüber gesprochen, dass man so etwas eigentlich nicht macht. Usus im Haus soll sein: Plenum ist Plenum; die anderen Treffen sollten außerhalb der Plenumszeit stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Bitte, Frau Sandt.

**Julika Sandt (FDP):** Ich kenne Ihre Terminabsprachen nicht. Ich meine aber: Wenn ein Termin für eine Zeit angesetzt wird, zu der man nicht kann, weil man hier spricht, kann man den Termin auch entsprechend verlegen. Wir sind alle flexibel. Ich halte mich aber heraus, was zwischen Ihnen und dem Ministerium ge-

laufen ist; dafür kann ich nichts. Vielleicht klären Sie das.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Uns liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir können zur Abstimmung schreiten.

Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 16/10628 die Ablehnung des Antrags. Wer hingegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen von CSU und FDP. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schmitt-Bussinger, Schindler und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern, Schaffung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Gemeinde- und Landkreiswahlen und Bezirkswahlen bekannt. Das war der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/9191. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 80 Abgeordnete gestimmt; es gab vier Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
DQR leistungsgerecht gestalten - Gleichwertigkeit der Berufsausbildung sicherstellen  
(Drs. 16/10169)**

Für diesen Antrag wurde bereits eine namentliche Abstimmung angekündigt. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Tolle für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Verzeihen Sie mir: Dies ist ein Antrag, bei dem ich gerne mit Ihnen "We shall overcome" singen würde. Worum geht es? Es geht um den Deutschen Qualifikationsrahmen, der die Einordnung der Abschlüsse in Deutschland erläutert, um sie mit europäischen Abschlüssen vergleichbar zu machen. Der DQR beginnt mit der Stufe 1 "Kein Abschluss" und endet mit der Stufe 8 "Promotion".